

MIT KOMMUNALPOLITIK INS GESPRÄCH KOMMEN

5. SENIORENKONFERENZ



[DOKUMENTATION]

31. Oktober 2012 im Nachbarschaftshaus in der Urbanstraße

Fotos

Stefan Block

Redaktion und Layout

Sarina Strumpfen

Unterstützt von

Lena Gruber, Sabrina Klein, Manuela Peltz-Grau und Maren Tatje

Verantwortlich

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Yorckstr. 4-11 10965 Berlin

Abteilung Soziales, Beschäftigung und Bürgerdienste

Senioren- und Stadtteilangebote

Tel 90298-2782 Fax 90298-2728

Auf der Internetseite der Abteilung finden Sie unter anderem auch die

Dokumentation:

<http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/sozialamt/seniorenangebote.html>

Augenblicke der Konferenz



Die 5. Seniorenkonferenz

Darum geht es

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat zur 5. Seniorenkonferenz eingeladen. Dieses Jahr findet sie im Rahmen der interkulturellen Veranstaltungswochen „InterKreuzHain“ statt.

Bei der 5. Seniorenkonferenz sollen Seniorinnen und Senioren aller Kulturen, die im Bezirk leben, zusammenkommen. Dabei sollen gerade diejenigen bei dieser Konferenz eine Stimme erhalten, die sonst aufgrund von Sprachbarrieren, Zurückhaltung oder aus anderen Gründen nur selten gehört werden.

Unter dem Motto „Mit Kommunalpolitik ins Gespräch kommen“ ist zu einem Austausch eingeladen. Dabei sollen die anwesenden Seniorinnen und Senioren die Themen ansprechen, die sie beschäftigen. Ziel ist es, die öffentliche Wahrnehmung für die Situation der Seniorinnen und Senioren im Bezirk zu verstärken und bezirkliche Handlungsmöglichkeiten zu erörtern.

Zu den Themen **Sicherheit und Ordnung im Öffentlichen Raum**
Armut und Wohnen
Gesundheit und Pflege

können die anwesenden Seniorinnen und Senioren in moderierten Diskussionsgruppen und mit Dolmetschern direkt mit dem Bezirksbürgermeister und den fachlich zuständigen Stadträten und der Stadträtin sowie weiteren verantwortlichen Fachleuten auf der Veranstaltung in direkten Austausch treten.



Begrüßung und Eröffnung

„Herzlich willkommen!“



Die 5. Seniorenkonferenz des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg wird von der heutigen Moderatorin Sabine Schweele eröffnet. Sie und auch Matthias Winter, der als Leiter des Nachbarschaftshauses Gastgeber für die Konferenz ist, heißen alle Anwesenden herzlich willkommen.

Wie die Tische Themen bekamen

Damit die Kommunalpolitik bei der Konferenz auch wirklich die entscheidenden Sorgen der Seniorinnen und Senioren zu hören bekommt und damit aus den Behörden die richtigen Ansprechpersonen für Auskünfte anwesend sind, wurde zum Ende des Jahres 2011 in der *AG Kommunale Arbeit mit älteren Migranten* beschlossen, sich im Vorfeld nach aktuellen Problemen und Wünschen der Seniorinnen und Senioren zu erkundigen.

Dazu wurden die Leitungen der Zentren für Seniorenarbeit des Bezirks gebeten, gemeinsam mit den Besucherinnen und Besuchern Fragestellungen zu erarbeiten, die sie beschäftigen. Auf dieser Grundlage konnten von der Vorbereitungsgruppe für die Seniorenkonferenz drei Themenbereiche abgesteckt werden, die jetzt diskutiert werden können:

- **Sicherheit und Ordnung im Öffentlichen Raum**
- **Armut und Wohnen**
- **Gesundheit und Pflege**

Matthias Winter lädt alle ein, sich bei dieser Veranstaltung einzubringen, denn es sei eine außergewöhnliche Gelegenheit, mit so vielen Repräsentantinnen und Repräsentanten aus der Kommunalpolitik, der Verwaltung und anderer Organisationen ins Gespräch kommen zu können. Als Vertreter des Nachbarschaftshauses freut er sich, dass die Konferenz in diesen Räumen stattfinden kann und wünscht allen frohen Mut für rege Diskussionen.

Das Besondere der heutigen Konferenz sei, so Sabine Schweele, dass die Verantwortlichen extra gekommen seien, damit Seniorinnen und Senioren



Gehwege sind Gehwege sind Gehwege

Während der gesamten Konferenz war der Videobeitrag der Seniorinnen und Senioren des Nachbarschaftszentrums RuDI zu sehen. In diesem Video dokumentieren sie, dass es durch Fahrradfahrer auf den Gehwegen im Stralauer Kiez für Ältere und Mobilitätseingeschränkte immer problematischer wird, mit einem sicheren Gefühl zu Fuß unterwegs zu sein.

des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg ihre alltäglichen Probleme, ihre Ärgernisse, aber auch ihre Vorschläge und Wünsche berichten können. Gemeinsam soll überlegt werden, ob von Seiten des Bezirks bzw. der Organisationen geholfen werden kann. Dazu lassen sich die Verantwortlichen von den Seniorinnen und Senioren über ihre konkrete Lebenssituation informieren. Gleichzeitig werden die Verantwortlichen auch aus ihrem Arbeitsalltag Auskunft geben und beispielsweise von angedachten Veränderungen in der Seniorenpolitik oder in den Versorgungsstrukturen berichten.

Durch die Thementische ist Zeit und Raum gegeben, sodass die einzelnen Probleme und Wünsche der Seniorinnen und Senioren sowohl von den anwesenden Politisch- wie Fachverantwortlichen beantwortet werden können, ohne dass Fragen offen bleiben müssen. Die Ergebnisse der Thementische sollen von der jeweiligen Moderation festgehalten

und in einer abschließenden Runde zusammengefasst präsentiert werden. Sie werden dann der Kommunalpolitik als *Arbeitsauftrag* mit auf den Weg gegeben.

Alle Anwesenden, so Sabine Schweele, sind zum Gespräch und zur Diskussion herzlich eingeladen. Für den Fall, dass jemand nicht auf Deutsch sprechen kann oder möchte, könne bei der Veranstaltung auch auf Dolmetscherinnen zurückgegriffen werden.

Ein großes Dankeschön geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenzentren, die an der Vorbereitung der Konferenz mitgewirkt haben. Ohne ihre intensive Unterstützung in der Vorbereitung wäre die Konferenz in dieser Form nicht möglich gewesen.

Doch zunächst stellen sich, so Sabine Schweele, die anwesenden kommunalpolitisch Verantwortlichen vor und laden mit einem einleitenden Statement in die Diskussionsrunden der Thementische ein, an denen sie selbst teilnehmen werden.

Einladung zu den Thementischen

„Ihre Themen sind uns wichtig!“



Franz Schulz

**Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg,
Abteilung für Finanzen, Personal und Stadtentwicklung**

Bezirksbürgermeister Franz Schulz nimmt am Thementisch *Armut und Wohnen* teil.

Franz Schulz macht auf das Problem der Ausgrenzung älterer Menschen aufmerksam. Oftmals schien es so, als würden Ältere in einer eigenen Welt leben. Dabei seien viele Probleme, die ältere Menschen haben, nicht spezi-

fisch für das Alter, sondern würden unterschiedliche Menschen in jedem Lebensalter treffen können. So beispielsweise die Frage, wie eine U-Bahn erreicht werden könne, wenn man mit einem Kinderwagen oder Rollstuhl unterwegs ist und kein Aufzug vorhanden sei. Die Frage nach den Aufzügen würde auch immer häufiger den Zugang zu Wohnungen betreffen. Denn Personen, die über Jahrzehnte in einer Wohnung in den oberen Etagen wohnten, hätte es bei zunehmender Mobilitätseinschränkung schwer, weiterhin am sozialen Leben teilzunehmen.

Infotisch

Während der gesamten Veranstaltung befindet sich im Vorraum ein Info-Tisch, auf dem die beteiligten Behörden, Verwaltungen, und Träger Flyer, Dokumentationen, Visitenkarten und so allerhand ausgelegt haben, so dass Informationen und Kontaktadresse direkt mit nach Hause genommen werden können.



Franz Schulz empfindet das Wort Senior als ungeeignet, besser sei *Menschen mit Lebenserfahrung*. So würden Ältere sprachlich nicht an den Rand gedrängt, sondern als zentraler Teil der Gesellschaft wahrgenommen. Und dennoch gäbe es bestimmte Probleme, vor denen gerade ältere Menschen stünden. Daher sei er heute hier, um zu hören, welche Probleme die Älteren im Bezirk haben und was ihnen helfen könne, ihr Leben zu meistern.



Franz Schulz spricht die Situation im Wohnhaus in der Palisadenstraße an. Falls nötig, müsse in diesem Fall auch die Landesebene mit einbezogen werden, um die behindertengerechten Wohnungen für die älteren Bestandmieter zu sichern.



Monika Herrmann

Bezirksstadträtin für Familie, Gesundheit, Kultur und Bildung

Bezirksstadträtin Monika Herrmann nimmt am Thementisch *Gesundheit und Pflege* teil.

„Friedrichshain-Kreuzberg gehört zu den familienfreundlichsten Bezirken in Berlin. Die unterschiedlichen Kieze mit ihren vielen Projekten und Einrichtungen, die zahlreichen Grünanlagen und Freiflächen bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern einen interessanten Lebensmittelpunkt und Ruhepol in der

belebten Hauptstadt. Dass unser Bezirk für Familien unterschiedlichster Nationen ein lebenswerter Ort ist, verdanken wir insbesondere unseren älteren Menschen im Bezirk. Sie waren es, die in den vergangenen Jahrzehnten mit viel Fleiß und persönlichem Engagement unsere Kieze gestaltet, entwickelt und aufgebaut haben. Diese 'Aufbaugenerationen', zum Einen die Nachkriegsgeneration und zum Anderen die Einwanderergeneration, haben auf vieles in ihrem Leben verzichtet, um den nachfolgenden Kindern und Enkelkindern ein besseres Leben zu ermöglichen. Beide Generationen, so heterogen sie auch sein mö-

gen, wirkten auf die Entwicklung des Bezirks und haben dazu beigetragen, dass der Bezirk heute so ist wie er ist - ein bunter, multikultureller Familienbezirk im Herzen Berlins. Aus den Lebenserfahrungen der älteren Generationen können junge Familien vieles zur Bewältigung des Alltags lernen. Es wird häufig als eine große Bereicherung empfunden, wenn Großeltern aus ihrem reichen Erfahrungsschatz z.B. in Familienzentren berichten und sich aktiv in die Gestaltung vor Ort einbringen.

Ich kann Sie alle daher nur ermutigen - lassen Sie die jüngere Generation an ihrem reichen Schatz von Erfahrungen und Wissen teilhaben. Erzählen Sie, warum sich welche Dinge genauso und nicht anders entwickelt haben. Miteinander ins Gespräch kommen, sich gegenseitig unterstützen, dort wo Hilfe notwendig ist und somit verständnisvoll und wertschätzend miteinander Leben – dies wünsche ich mir auch weiterhin für unseren Bezirk.“



Knut Mildner-Spindler

Bezirksstadtrat für Soziales, Beschäftigung und Bürgerdienste

Bezirksstadtrat Knut Mildner-Spindler nimmt am Thementisch *Armut und Wohnen* teil.

„Als Sozialstadtrat freue ich mich sehr, zu unserer 5. Seniorenkonferenz so viele engagierte und bekannte Gesichter begrüßen zu können. Es sind die Seniorinnen und Senioren, die wir als Gäste unserer Einrichtungen, als Engagierte in der Seniorenvertretung

sowie als Mitstreitende kennen, wenn es darum geht, für andere da zu sein. Gemeinsam haben wir bereits in der vergangenen Wahlperiode die Seniorenplanung bzw. die Strategie 'Friedrichshain-Kreuzberg seniorenfreundlich und altersgerecht gestalten' diskutiert und miteinander die Aufgaben bestimmt.

Ich werde heute zusammen mit dem Bürgermeister an dem Gesprächstisch 'Armut und Wohnen' teilnehmen. Wir haben im August im Rahmen der Berliner Seniorenwoche

eine Fachveranstaltung 'Armutsrisiko Alter, Gesundheitsrisiko Armut' durch-



geführt, auf der wir viele Informationen erhalten haben. Uns wurden die Ergebnisse einer Seniorenstudie vorgestellt, bezogen auf unseren Bezirk. Wir sind ins Gespräch gekommen mit Fachleuten aus der Gesundheitsprävention, aus der Schuldnerberatung und aus der Nachbarschaftsarbeit, die uns die Problematik nahe gebracht haben.

Heute werden wir an dem Runden Tisch 'Armut und Wohnen' mit Bürgerinnen und Bürgern auch über diese

Problematik ins Gespräch kommen, und wir tun das vor dem Hintergrund, dass Friedrichshain-Kreuzberg in höchstem Maße und in größerem Maße als andere Bezirke von Altersarmut betroffen ist. Wir wissen, dass wir Unterschiede zwischen den Ortsteilen haben und dass Altersarmut vielfach insbesondere in Kreuzberg zu Hause ist und eine Migrationsgeschichte hat. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, weil existenzielle Probleme damit verbunden sind. Es geht um die Fragen, wie bestreite ich meinen Lebensunterhalt, wie sichere ich meine Wohnung und welche Chancen habe ich zur Teilhabe am öffentlichen, gesellschaftlichen Leben. Da das Risiko der Vereinsamung für Betroffene von Altersarmut wächst, ist es wichtig, bezahlbare Angebote in Begegnungsstätten zu machen. Denn nur durch die Möglichkeit der Teilhabe können Rückzug und Vereinsamung und damit einhergehende gesundheitliche Risiken vermieden werden.“



Weihnachtspäckchenaktion der Seniorenvertretung

Knut Mildner-Spindler und Marta Ladwig, Vorsitzende der Seniorenvertretung des Bezirks, machen auf die auch in diesem Jahr wieder stattfindende Weihnachtspäckchenaktion der Seniorenvertretung aufmerksam.

Weitere Informationen können bei der Seniorenvertretung des Bezirks eingeholt werden.

Dr. Peter Beckers

Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Ordnung, Schule und Sport

Bezirksstadtrat Peter Beckers nimmt am Thementisch *Ordnung und Sicherheit im Öffentlichen Raum* teil.

"Unser Bezirk wird oftmals als Feier- und Ausgehbezirk dargestellt. Dieser Eindruck bildet aber nur einen Teil

der Wirklichkeit ab. Denn zuerst einmal wohnen und leben wir hier. Deshalb müssen wir uns um die Lebensbedingungen der Menschen hier vor Ort kümmern. Sie werden immer mehr durch Lärm und Behinderung durch Außenausschank beeinträchtigt. Handlungsbedarf ist geboten, denn auch Familien, Kinder und Ältere sollen sich im Bezirk wohlfühlen und hier wohnen bleiben.

Die 28 Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamts arbeiten im Zwei-Schichtsystem zwischen 6.00 und 22.00 Uhr. Das ist in der Rahmendienstzeitverordnung des Landes so geregelt. Nachts ist die Polizei für die Aufgaben des Ordnungsamtes zuständig. Das Amt musste immer mehr Aufgaben übernehmen, ohne dafür auch mehr Personal vom Land zu erhalten. Ich bitte um Verständnis, dass die Mitarbeiter in unserem sehr lebendigen Bezirk nicht überall sein können.

Das gilt besonders für den anstehenden Winter. Im eisigen Winter 2009/2010 kam es mit Bußgeldern und Ersatzvornahmen gar nicht nach und waren Gehwege so vereist, dass viele gar nicht aus dem Haus wagten. Mit dem neuen Gesetz werden solche Verhältnisse hoffentlich nicht mehr vorkommen.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich freue mich auf unsere Diskussion am Thementisch."



Umbaupause

Die Moderatorin Sabine Schweele bittet die Anwesenden, sich nach einer kurzen Umbaupause in den Räumen der jeweiligen Thementische einzufinden, an denen sie teilnehmen möchten.

Thementisch

Gesundheit und Pflege

Die zentralen Themen des gesamten Gespräches betreffen Problematiken von Verständigung und Verständnis. Missverständnisse und Unkenntnis führen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Unsicherheit im Umgang mit dem Gesundheits- und Pflegesystem, so dass eine optimale Versorgung nicht erreicht wird.

Auf einer ersten Ebene betrifft dies die sprachliche Verständigung, bei der Personen mit unterschiedlichen Muttersprachen sich nicht leicht verständigen können und es zu Sprachbarrieren kommt.

Auf einer zweiten Ebene kommt es zu Verständnisproblemen des Pflege- und Gesundheitssystems. Dies betrifft nicht nur Personen mit Migrationserfahrung, auch ältere Einheimische ohne Sprachprobleme berichten, dass es für sie immer wieder schwierig sei, an Informationen

zu gelangen, bzw. sie von bestimmten Angeboten und Leistungen im Gesundheits- und Pflegesystem gar nichts wüssten. Dadurch komme es auch zu Missverständnissen, weil beispielsweise Pflegeleistungen von Familien gewünscht würden, die es so gar nicht gäbe, wie Berichte aus dem Kreis der Anwesenden verdeutlichen.

Auf einer dritten Ebene wurde die Notwendigkeit von *Kulturvermittlung* genannt, die insbesondere für ältere Migrantinnen und Migranten notwendig sei. Wie eine Teilnehmende nochmals verdeutlicht, reicht das Sprechen einer gemeinsamen Sprache nicht aus, um Ratsuchenden Orientierung bieten zu können. Situationen, an denen dies deutlich wird, sind beispielsweise Arztbesuche, Krankenhausentlassungen, das Ausfindigmachen des Kostenträgers bei Heil- und Behandlungspflege als auch MDK-Begutachtung zur Einstufung in eine Pflegestufe.

Ansprechpartner

Monika Herrmann

Bezirksstadträtin

Petra Fenske

Sozialpsychiatrischer
Dienst, Gesundheitsamt

Lutz Schmidtke

Hilfe zur Pflege, Sozialamt

Gisela Seidel

Pflegestützpunkt
Diakonisches Werk,
Berlin Stadtmitte e.V.

Sabine Oldag

Gemeindedolmetschdienst,
Gesundheit Berlin Bran-
denburg

Moderiert von

Ingrid Papies-Winkler

Während des Gespräches am Thementisch wird deutlich, dass viele Ältere mehr bzw. unterschiedliche Möglichkeiten von Begleitung in verschiedenen Situationen wünschen. Neben der Sprachmittlung bei Amts- und Arztbesuchen sowie Beratung in verschiedenen Angelegenheiten, wird von vielen eine Alltagsbegleitung zum Einkaufen gewünscht – auch für Personen ohne Pflegestufe.

Aus dem Fachkreis kann auf bestehende einzelne Beratungsstellen und Institutionen verwiesen werden, wie beispielsweise auf die Soziale Beratungsstelle für behinderte, chronisch erkrankte und alte Menschen, den Gemeindedolmetschdienst, die Pflegestützpunkte sowie den Berliner Mobilitätsdienst. Es müsse jedoch geprüft werden, ob die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle sinnvoll ist, die bei den konkreten Anliegen der Einzelnen an die richtigen Anlaufstellen weitervermittelt.

Einigkeit zeichnet sich am Thementisch bezüglich der Bedeutung des Gemeindedolmetschdienstes ab. Er helfe auf allen drei Ebenen der Verständigung und könne sowohl bei behördlichen Angelegenheiten als auch im Gesundheitsbereich helfen. Dies führe gerade bei älteren Migrantinnen und Migranten zu einer besseren Versorgung und weniger Unsicherheit im Umgang mit „dem System“. Ziel der Kommunalpolitik solle es daher sein, eine langfristige Finanzierung des Dienstes zu ermöglichen als auch die Einbindung und Nutzung des Dienstes in den Behörden als auch in anderen Bereichen voranzutreiben.

Auch die Arbeit des Pflegestützpunktes wird gelobt. Ihm stehen, im Gegensatz zu vielen Beratungsstellen, die Möglichkeit zu Hausbesuchen und aufsuchender Beratung offen. Dies wird von einzelnen Anwesenden als sehr hilfreich bewertet. Die Teilnehmerrunde bittet die Kommunalpolitik, die Initiative des Berliner Mobilitätsdienstes wieder stärker ins Leben zu rufen.

In einem weiteren Themenblock werden die langen Wartezeiten für Termine bei Fachärzten, die Fachkraftquote in Altenheimen sowie mehr attraktive Angebote im öffentlichen Raum (Parks, Plätze, Grünflächen) thematisiert.



Thematisch

Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum

Zu Beginn des Gesprächs wird die Erreichbarkeit von Ämtern und Beschwerdestellen thematisiert. Ein Problem stellen Sprachbarrieren dar, die verhindern, dass Anlaufstellen kontaktiert bzw. gefunden werden. Ein weiteres Problem ist, dass die jeweiligen Zuständigkeiten und Vernetzungen der Behörden bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend bekannt seien. Es bestehe das Gefühl, Anliegen oftmals nicht an der richtigen Stelle vorbringen zu können bzw. kein Gehör zu finden.

Von Seiten des Bezirks wird erklärt, dass ein übergreifendes, transparentes Beschwerdemanagement nicht besteht. Das kann ein Grund dafür sein, dass es für Bürgerinnen und Bürger zu den berichteten Undurchsichtigkeiten bei den Zuständigkeiten kommt. Das wird sich aber ändern, denn das Land Berlin arbeitet am Modell eines transparenten Beschwerdemanagements. Aber auch heute schon werden Beschwerden intern an die richtige Stelle im Bezirksamt weitergeleitet und von dort beantwortet.

Das Ordnungsamt verfügt im ehemaligen Rathaus Yorckstraße über die Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle. Sie nimmt Anliegen auf und gibt weiterführende Informationen. Diese Stelle ist unter der Rufnummer 030-90298-2246 zu erreichen.



Ansprechpartner

Dr. Peter Beckers
Bezirksstadtrat

Joachim Wenz
Ordnungsamt

Hans Hoffmann
Seniorenicherheit, LKA

Moderiert von
Manuela Peltz-Grau

Die Polizei ist über die Rufnummer 110 und für alle Fälle, bei denen nicht Leib und Leben gefährdet sind, über die Rufnummer 4664-4664 für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Ein weiterer Themenschwerpunkt in der Runde



ist die Sicherheit und Barrierefreiheit von Fußgängerinnen und Fußgängern auf Gehwegen. Besonders die Gefährdung, die durch Radfahrerinnen und Radfahrer auf Gehwegen entsteht, wird seit Jahren immer wieder als Problem in der Kommune thematisiert. Bei Bürgerinnen und Bürgern entsteht das Gefühl, dass ihre Sorgen nicht ausreichend wahrgenommen und berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird berichtet, dass durch Gastronomie bzw. Außenausschank, die Gehwege so verstellt sind, dass kein sicheres Durchkommen für (mobilitäts eingeschränkte) Fußgängerinnen und Fußgänger ist.

Es wurde aus dem Kreis der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagen, neben den vorhandenen Radwegen und den durchgeführten Kontrollen der Ordnungsbehörden, einen Fahrradführerschein/eine Fahrradprüfung und/oder eine Fahrradnummer/ein Fahrradkennzeichen einzuführen. Die Beschränkung des Außenausschanks könnte zu freien Fußgängerwegen beitragen.

In einem weiteren Themenblock wurden verschiedene Problematiken angesprochen, so z.B. der Drogenhandel im öffentlichen Raum, Autoscheibenputzer an Ampeln, zugeparkte Bushaltestellen, Videoüberwachung in einem Seniorenwohnhaus, die Einführung der Rauchmelderpflicht, die Sauberkeit auf Bürgersteigen- insbesondere vor Schulen-, kurze Ampelschaltungen –z.B.am Kottbusser Damm- und das Thema „Sicherheit“ im Allgemeinen.

Abschließend wurde die Anerkennung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsbehörden (Polizei, Ordnungsämter, aber auch BVG etc.), die tagtäglich für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sorgen, als außerordentlich wichtig erachtet und im Rahmen der Gespräche an diesem Thematisch dokumentiert.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnten nützliche Hinweise gegeben werden und die bezirklichen Handlungsmöglichkeiten wurden erörtert.

Thementisch

Armut und Wohnen

Zentrales Thema in dieser Gesprächsrunde ist die Mietsteigerung bei Neuvermietung als auch bei Altverträgen, welche den Mietdurchschnitt im Bezirk in die Höhe treibe. Viele Ältere, die auf Grund-sicherung im Alter angewiesen sind oder eine ge-ringe Rente zur Verfügung haben, befürchten eine Verdrängung aus ihrer langjährigen Wohnumge-bung, so der Konsens am Thementisch. Durch die Mietsteigerung entstehe ein Teufelskreis, da durch die steigenden Unterkunftskosten weniger finanzielle Mittel zur Ausgestaltung des sozialen Lebens zur Verfügung stehen und die Gefahr von Vereinsamung erhöhe. Vereinsamung sei jedoch auch ein begünstigender Faktor für verschie-dene Krankheiten, welche wiederum armutsfördernd wirken. Ziel der Kommunalpolitik müsse es daher sein, diesen Kreislauf zu stören bzw. zu unterbrechen. Auf die Frage, welche Möglichkeiten dem Bezirk dazu zur Verfügung stehen, stehe an erster Stelle die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit der über 55-jährigen, um Altersarmut an einer entscheidenden Stelle entgegen zu wirken. In Bezug auf die Miethöhe habe der Bezirk im privaten Immobilienmarkt kaum Einflussmöglichkeiten und ermutige alle Betroffenen, die Möglichkeiten des Mietrechts sowie die Unterstützung von Mieterschutzbünden zu nutzen. Zu-sätzlich soll geprüft werden, ob zukünftig vermehrt kommunal bezuschusster Wohnraum im Bezirk zur Verfügung gestellt werden soll. Verfolgt werden solle auch die Idee einer Wohnraumbörse, durch die der Immobilienmarkt umgan-gen werden könne.

Die Problematik mit der maximalen Übernahme der Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger sei bekannt. Gegenwärtig sei es daher von Seiten des Sozial-amtes, wo auch viele von Altersarmut Betroffene erscheinen, wichtig eine ver-ständnisvolle und sensible Behandlung zu gewährleisten.

Darüber hinaus seien im Bezirk gerade Modellprojekte gewünscht, die genera-tionsübergreifendes Wohnen ausprobieren – auch für ältere Personen mit ge-ringem finanziellem Spielraum.

Ansprechpartner

Dr. Franz Schulz
Bezirksbürgermeister

Knut Mildner-Spindler
Bezirksstadtrat

Eckhardt Sagitza
Wohnungsamt

Moderiert von
Meltem Başkaya



Ein weiterer Punkt, der im Bezirk geprüft werde, sei, wie ohne Auflösung von Milieuschutzgebieten der Einbau von Aufzügen gefördert werden kann, um einen Bestandsschutz für ältere, mobilitätseingeschränkte Mieter zu ermöglichen.

Bisher gilt der Einbau von Aufzügen als Luxussanierung und widerläuft dem Bestandsschutzverständnis. Ohne Aufzüge sei jedoch mit einer Abwanderung zukünftig mobilitätseingeschränkter Älterer zu rechnen. Problematisch sei, dass sich der Aufzugseinbau in der Miethöhe niederschlagen kann.

Neben dem Einfluss auf die Unterkunftskosten und die Infrastruktur fördert der Bezirk Begegnungsangebote. Gerade die bezirklichen Seniorenfreizeitstätten als auch ihre Vernetzung zu weiteren Gruppen, Organisationen, Vereinen und Nachbarschaftshilfen bieten soziale Einbindung außerhalb der eigenen Wände.

In einem Beitrag wird die Problematik der Willkür bei dem Ermessensspielraum, den bezirkliche Behörden anwenden können, thematisiert. So sei im Falle des Bezugs von Grundsicherung im Alter lediglich gesetzlich festgelegt, dass der Lebensmittelpunkt am Ort des Bezugs, also hier Berlin sein müsse. Wie viel Abwesenheit zu einer Streichung des Grundsicherungsbezugs führe, liegt im Ermessensspielraum der bezirklichen Behörden. Diese Unberechenbarkeit treffe vor allem Ältere, die die Rentenzeit für Reisen und Auslandsaufenthalte nutzen möchten. Gerade ältere Migrantinnen und Migranten, die ihr Herkunftsland besuchen, sind von dieser Rechtsunsicherheit betroffen – und oftmals zu ihrem Nachteil.

Auf die Frage, weshalb jahrelang leer stehende Gebäude wie die alte Post in der Möckernstraße zu einem Hotel umgebaut und nicht für Wohnraum nutzbar gemacht werde, wird erläutert, dass es in einem Mischgebiet liege. Lediglich in Wohngebieten kann der Bezirk die Genehmigung von Hotels beeinflussen. In einem Innenstadtbezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg sei diese Bewertung und Nutzung der Flächen als Misch- und Kerngebiet jedoch nicht zu umgehen. Der Bezirk habe da keine Handhabe.





Mittagsimbiss

Nach den Gesprächen an den Thementischen wird im Wintergarten des Nachbarschaftshauses ein kleiner Imbiss bereitgestellt. So können alle vor der Abschlussrunde eine kleine Pause machen, sich etwas stärken, sich informieren oder auch einfach etwas quatschen...



Schlussrunde

In einer abschließenden Runde bittet Sabine Schweele die Moderatorinnen der Thementische, die jeweiligen Ergebnisse zusammenzufassen und dem Plenum zu präsentieren. Anschließend stellen die kommunalpolitisch Verantwortlichen die für sie zentralen Erkenntnisse und Arbeitsaufträge dar. Bezirksstadtrat Knut Mildner-Spindler muss aus terminlichen Gründen schon vor der Abschlussrunde die Konferenz verlassen.



Thementisch Armut und Wohnen

präsentiert von Meltem Başkaya

Themen und Probleme	Was gibt es schon?	Was soll konkret getan werden – in der Kommunalpolitik?
Miethöhensteigerung bei Altverträgen und bei Neuvermietung	Mieterberatungsgesellschaften	Zusätzliche öffentliche Förderung zum Wohnungsbau, als langfristige Zukunftsperspektive
Verdrängungsprozesse (z.B. in der südlichen Friedrichstadt)	Mietbündnis für bezahlbaren Wohnraum mit städtischen Wohnungsbau-gesellschaften	Angemessenen Wohnraum für Gemeinschaftswohnen bereitstellen
Angst, aus dem bekannten Wohnumfeld wegziehen zu müssen	Katalog mit Kriterien zu Kosten des Unterkunft im Bezirk	Eine „Wohnraumbörse“ aufbauen
Milieuschutzgebiete verhindern auch Umbau zur Barrierefreiheit	Genehmigungen für Hotellerie werden in Wohngebieten reduziert	
Bezahlbare kulturelle und gesellige Angebote	Netz von Seniorenfreizeitstätten im Bezirk	Angebote zur Verhinderung von Vereinsamung ermöglichen
Grundsicherungsbezug und Ermessensspielraum zum Lebensmittelpunkt		



Abschlussstatement von Franz Schulz, Bezirksbürgermeister

Franz Schulz sieht für den gegenwärtigen Moment vor allem den Bedarf eine Wohnungstauschbörse zu initiieren und dazu mit städtischen und privaten Wohnungsbaugesellschaften zu kooperieren. Als kurzfristige Maßnahme möchte er den Widerspruch zwischen dem vor Luxussanierung schützenden Milieuschutz in Teilgebieten des Bezirks und den Bedarf an Aufzügen, um eine Mobilität Älterer aufrechterhalten zu können, klären und in die Fortschreibung der Milieuschutzgebiete (1.Quartal 2013) aufnehmen.

Thematisch Gesundheit und Pflege

präsentiert von Ingrid Papies-Winkler

Themen und Probleme	Was gibt es schon?	Was soll konkret getan werden – in der Kommunalpolitik?
Würde des Menschen, in Würde älter werden	Pflegestützpunkte mit guter Arbeit (Lob), „Pflege in Not“ – Anlaufstelle bei Gewalterfahrungen in der Pflege Unterstützung für pflegende Angehörige durch Pflegestützpunkte	Mobilitätsdienste für Personen mit und ohne Pflegestufe (die nicht nur über MAE-Kräfte getragen werden)
Kulturmittlung nötig Mangelnde Verständigung Gemeinnütziger Teil des Gemeindedolmetscher Dienstes	Gemeindedolmetschendienst	Finanzielle Absicherung von Sprachmittlerdiensten

<p>Genauere Diagnose nur durch sprachliche Verständigung möglich Pflegerstufe: Falsche Bewertung durch mangelnde Sprachkenntnisse und Systemkenntnis</p>	<p>Muttersprachliche Psychotherapeuten</p>	<p>Informationsveranstaltung des Bezirks, z.B. zum Thema Demenz oder zur Pflegeversicherung; Sind Kuraufenthalte in Gruppen möglich? Mit Begleitung?</p>
<p>Mangelnde Information durch Ärzte, Kliniken etc. Schnittstelle Krankenhaus/ Pflegestützpunkte</p>	<p>Beratungsstelle für Behinderte und chronisch Erkrankte vom Gesundheitsamt Sozialdienst in Krankenhäusern, Kooperation mit Beratungsstellen, Pflegestützpunkten und Begleitung, Netzwerk für ambulante Pflege</p>	
<p>Angst vor Ämtern</p>		<p>Bewusstsein schaffen für Sprach- und Kulturmittler bei Ämtern, Kliniken und Ärzten</p>
<p>Keine Termine bei akuten Erkrankungen</p>	<p>Service mancher Krankenkassen zu Organisation von Facharztterminen (AOK)</p>	
	<p>Wohnortnahe Aktivplätze, Seniorenfreizeitstätten, auch interkulturell geöffnet, Seniorenspaziergänge</p>	<p>Angebote im öffentlichen Raum, die zur Lebensqualität beitragen Kurt-Mühlenhauptplatz am Mariannenplatz erhalten</p>
	<p>Selbsthilfegruppe türkischer Diabetiker, Diabetesberatung in türkischer Sprache im Familiengarten</p>	<p>Beratung zu Gesundheit und Pflege in verschiedenen Sprachen</p>
<p>Kosten für Pflegeheim erscheinen nicht</p>		

überschaubar

Qualitätssicherung der
Pflegeheime und des
Personals – welche
Angebote?

Abschlussstatement von Monika Herrmann, Bezirksstadträtin

Es gibt im Bezirk, so Monika Herrmann, viele Angebote und noch mehr Broschüren und Flyer, die von diesen Angeboten berichten. Dennoch wird immer wieder berichtet, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, woher, sie wie und wann Beratung und Unterstützung bekommen können. Die Verantwortlichen glauben immer wieder, dass ihr Netzwerk gut sei, dabei finden sich viele ihrer Klienten in eben diesem Netzwerk nicht zurecht. Aus Monika Herrmanns Perspektive scheint dabei das zentrale Problem Unsicherheit und Verunsicherung zu sein, die viele Bürgerinnen und Bürger von einem aktiven Nachfragen abhält. Dieser Unsicherheit müsse begegnet werden. Dazu sei es nötig neu zu denken und Angebote und Dienste von Komm-Strukturen zu Bring-Strukturen weiterzuentwickeln.



Thematisch Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum

präsentiert von Manuela Peltz-Grau

Themen und Probleme	Was gibt es schon?	Was soll konkret getan werden – in der Kommunalpolitik?
Sprachhürden bei Beschwerden	Hinweise durch Bürger	Bürgerfreundlichkeit
Ahndung von Ordnungsverstößen	Bestreifung durch OrdA	Wahrnehmung der Ernsthaftigkeit der Gefährdung
Seniorenwohnhaus Videoüberwachung		Hausverwaltung ansprechen
Rauchmelderpflicht		Regelung in der Bauordnung
Vernetzung	Ordnungsamt, Polizei, Verkehrslen-	Absprache Ordnungsamt / VLB

	kung Berlin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	
Sauberkeit auf Bürgersteigen (insb. vor Schulen)		Kontakt Schulen / BSR
Drogenhandel	Kontrolle durch Ordnungsbehörden	Räume für Drogenabhängige
Autoverkauf von der Straße	gesetzliche Regelungen	Kontrolle durch OrdA, ob gewerblicher oder privater Verkauf
Zugeparkte Bushaltestelle	Videoüberwachung auf öffentlichem Straßenland	
Gefahr durch RadfahrerInnen	Radwege	Fahrradnummern und Fahrradführerschein/ Fahrradprüfung
Gastronomie auf Gehwegen	Maßnahmen durch Ordnungsamt	Beschränkung des Außenausschanks
Autoscheibenputzer	Maßnahmen durch Ordnungskräfte	Ursachen bekämpfen
Zebrastreifen (z.B. Manteuffelstraße)		Gefährdungen und Sicherheit
Ampelschaltungen (z.B. am Kotti)		
Wer ist zuständig?	Regelungen zu Zuständigkeiten	
Freie Fußgängerwege	Maßnahmen durch OrdA	Sondernutzung einschränken
Straßenreviere prüfen	Schwerpunktprüfung durch OrdA	verstärkte Kontrollen (in Zivil)
Bürgerfreundlichkeit	Bürgerdeputierte Aber auch Schiedsstellen (z.B. Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V.)	
BVG Warschauer Straße	Videoüberwachung im öffentlichen	

	Raum (z.B. BVG)	
Beschwerden	ZAB 90298-2246 BVV-Anfragen Tel. 110 Oder 4664-4664	Modell Beschwerdemanagement
Sicherheit	Veranstaltungen des LKA	Anerkennung der MA von Ordnungsbehörden



Abschlussstatement von Dr. Peter Beckers, Bezirksstadtrat

Wie in der Zusammenfassung bereits deutlich wurde, betreffen viele der genannten Punkte nicht nur Seniorinnen und Senioren, sondern auch andere gesellschaftliche Gruppen. Subjektiv erfah-

rene Unsicherheit kann nicht „wegobjektiviert“-werden. Gefährdungen aller Art müssen daher ernst genommen werden – auch die Unsicherheit durch Radfahrer auf dem Bürgersteig. Die Vorschläge, was noch alles getan werden könne, eröffnen ein breites Feld. Herausstellen möchte er die Einrichtung des Schiedsamtes, wo ehrenamtlich tätige Schiedsmänner und –frauen dabei helfen, zivil- und einige strafrechtliche Konflikte vor- und außergerichtlich zu lösen.

Landesseniorenbeirat

Die anwesende Vorsitzende des Landesseniorenbeirats, Regina Saeger, kündigt an, dass die Ergebnisse dieser 5. Seniorenkonferenz vom Landesseniorenbeirat aufgenommen werden um in die Diskussion der Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik einzufließen.

Abschluss

Sabine Schweele beendet mit diesen Zusammenfassungen die 5. Seniorenkonferenz. Sie verweist auf die Dokumentation, die zu dieser Veranstaltung erscheinen wird und in der die zentralen Ergebnisse des Tages festgehalten werden. Abschließend spricht sie Dank aus:

Dankeschön

Für das gute Gelingen der 5. Seniorenkonferenz wird ein großes Dankeschön an alle Beteiligten ausgesprochen:

- dem Seniorenamt für die gute Organisation,
- dem Nachbarschaftshaus Urbanstraße für die Gastfreundschaft,
- der mitwirkenden Politikerin und den mitwirkenden Politikern
- sowie den Fachverantwortlichen für ihr Engagement.

Besonderer Dank geht an die Bürgerinnen und Bürger ohne deren rege Beteiligung während der Vorbereitung sowie bei der Durchführung der Konferenz dieser Erfolg nicht möglich gewesen wäre.

*Vielen
Dank!*

Wunschbox & Rückmeldungen

Zum Ende der Konferenz werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigt, ihre direkten Rückmeldungen zu der 5. Seniorenkonferenz, Lob und Kritik, wie auch Vorschläge aufzuschreiben und in die blaue Wunschbox zu werfen.

Es hat sich über die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer daran beteiligt und die Konferenz mehrheitlich gelobt.

